



# HESSISCHER LANDTAG

22. 02. 2011

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Antrag der Fraktion der SPD**

### **betreffend Winterschädenprogramm ja, aber ohne neues Schlagloch in den Kommunalhaushalten**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Kommunen bei der Bewältigung der unzweifelhaft hohen Belastung aufgrund der notwendigen Straßenreparaturen in angemessener Weise finanziell beizustehen.
2. Der Landtag sieht das von der Landesregierung angekündigte Programm zur Behebung von Straßen-Frostschäden als Mogelpackung. Die Hälfte der 100 Mio. €, von denen 80 den Kommunen zufließen sollen, wird dem Betrag entnommen, den die Landesregierung den Kommunen als vorgezogene Mittel der ihnen ohnehin zustehenden Spitzabrechnung der Steuereinnahmen aus 2010 bereits versprochen hat.
3. Der Landtag weist die Argumentation der Landesregierung als unzutreffend zurück, wonach die Kürzung der Mittel im Straßenbau um 35 Mio. € durch die Konjunkturprogramme kompensiert würde. Die Konjunkturprogramme sollten zusätzliche Maßnahmen ermöglichen und waren nicht als Umwegfinanzierung anstehender Maßnahmen gedacht.
4. Der Landtag verurteilt den Wortbruch gegenüber den Kommunen, die anstatt der vollmundig angekündigten 80 Mio. € in Wahrheit lediglich 30 Mio. erhalten sollen, und sieht grundsätzlich in der Zweckbindung vorab ausgezahlter KFA-Mittel eine weitere Gängelung der ohnehin belasteten Kommunen.
5. Der erneute Griff in die kommunalen Kassen entlarvt sich als reines Wahlkampfmanöver zur Kommunalwahl am 27. März, denn die Notwendigkeit finanzieller Hilfen bestand auch nach den Frostschäden der vergangenen Winter.
6. Der Landtag verwahrt sich deshalb mit Entschiedenheit gegen die fadenscheinigen Finanztricks, die lediglich der Selbstbeweihräucherung der Landesregierung dienen sollen.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, den Betrag von 50 Mio. € nicht den kommunalen Mitteln zu entnehmen, sondern aus der geplanten Förderung des Standortes Wiesbaden der European Business Scholl (EBS) in Höhe von 23,7 Mio. € und den Kosten der politischen Führung des Landes Hessen in Höhe von 26,3 Mio. €. Die überzogene Förderung der privaten EBS Universität i.G. ist politisch unhaltbar, solange der Investitionsstau an den staatlichen Schulen nicht massiv in Angriff genommen wird, und dem Abschlussbericht der Regierungskommission "Haushaltsstruktur" zufolge leistet sich die Landesregierung einen mit 31 € pro Einwohner deutlich über dem Durchschnitt der westlichen Flächenländer liegenden Betrag für diesen Bereich, der um den genannten Anteil gemindert werden könnte, ohne die Arbeitsfähigkeit der Landesregierung nennenswert einzuschränken.

Wiesbaden, 22. Februar 2011

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**